

23.08.90

Id - In - R

Gesetzesbeschluß

des Deutschen Bundestages

Gesetz zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie dem Änderungsvertrag vom 20. August 1990

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 221. Sitzung am 23. August 1990 aufgrund der Beschlußempfehlung und des ergänzenden Berichts des Ausschusses Deutsche Einheit - Drucksache 11/7716 - den

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom
3. August 1990 zur Vorbereitung und Durch-
führung der ersten gesamtdeutschen Wahl des
Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und der Deutschen Demokratischen
Republik
- Drucksache 11/7624 -

in der nachstehenden Fassung angenommen:

Fristablauf: 13.09.90

Initiativgesetz des Bundestages

Gesetz zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie dem Änderungsvertrag vom 20. August 1990

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Zustimmung zu den Verträgen

Dem in Berlin am 3. August 1990 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Anlage und des Anhangs sowie dem in Bonn am 20. August 1990 unterzeichneten Änderungsvertrag hierzu wird zugestimmt. Die Verträge einschließlich der Anlage und des Anhangs werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Änderung des Bundeswahlgesetzes

Das Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juni 1990 (BGBl. I S. 1015), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 wird die Zahl „518“ durch die Zahl „656“ ersetzt; in § 1 Abs. 2 wird die Zahl „259“ durch die Zahl „328“ ersetzt.
2. § 53 wird wie folgt gefaßt:

„§ 53

Übergangsregelungen für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag

(1) Der Bundeswahlausschuß besteht abweichend von § 9 Abs. 2 Satz 1 aus dem Bundeswahlleiter und acht von ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern.

(2) Landeslisten verschiedener Parteien, die in keinem Land — ausgenommen Berlin — nebeneinander Listenwahlvorschläge einreichen, können durch Erklärung gegenüber dem Bundeswahlleiter verbunden werden. Die Erklärung ist gemeinsam von den Vertrauenspersonen und den stellvertretenden Vertrauenspersonen aller beteiligten Landeslisten spätestens am zwanzigsten Tag vor der Wahl schriftlich bis 18 Uhr abzugeben. Für das weitere Verfahren gilt § 29 Abs. 2 und 3 entsprechend. § 6 Abs. 6 und § 7 Abs. 2 und 3 gelten für verbundene Landeslisten verschiedener Parteien entsprechend.

(3) Die in den nachstehend genannten Bestimmungen dieses Gesetzes festgelegten Fristen werden für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag wie folgt abgekürzt:

1. In § 18 tritt
 - a) in Absatz 2 Satz 1 an Stelle des neunzigsten Tages der siebenundvierzigste Tag,
 - b) in Absatz 4 an Stelle des zweiundsiebzigsten Tages der siebenunddreißigste Tag.
 2. In § 19 tritt an Stelle des sechsundsechzigsten Tages der vierunddreißigste Tag.
 3. In § 26 tritt
 - a) in Absatz 1 Satz 1 an Stelle des achtundfünfzigsten Tages der dreißigste Tag,
 - b) in Absatz 2 Satz 5 an Stelle des zweiundfünfzigsten Tages der vierundzwanzigste Tag,
 - c) in Absatz 3 an Stelle des achtundvierzigsten Tages der zwanzigste Tag.
 4. In § 28 tritt
 - a) in Absatz 1 Satz 1 an Stelle des achtundfünfzigsten Tages der dreißigste Tag,
 - b) in Absatz 2 Satz 5 an Stelle des zweiundfünfzigsten Tages der vierundzwanzigste Tag,
 - c) in Absatz 3 an Stelle des achtundvierzigsten Tages der zwanzigste Tag.
 5. In § 29 tritt
 - a) in Absatz 1 an Stelle des vierunddreißigsten Tages der zwanzigste Tag,
 - b) in Absatz 2 Satz 1 an Stelle des dreißigsten Tages der sechzehnte Tag,
 - c) in Absatz 3 an Stelle des sechsundzwanzigsten Tages der fünfzehnte Tag.
- (4) § 18 Abs. 2 Satz 1 gilt mit der Maßgabe, daß auch die Vertretung in der Volkskammer zu berücksichtigen ist und die Wörter ‚mit mindestens fünf Abgeordneten‘ entfallen.“
3. Die Anlage zu dem Gesetz wird durch die in der Anlage genannten und beschriebenen Wahlkreise 257 bis 328 ergänzt.

Artikel 3

Besondere Maßgaben für die Anwendung des Bundeswahlgesetzes

Für die Anwendung des Bundeswahlgesetzes auf die Vorbereitung und Durchführung der Wahl in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin gelten folgende Maßgaben:

1. Die Zuständigkeiten der Landesregierung nach § 8 Abs. 3 sowie § 9 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 zweiter Halbsatz werden wahrgenommen
 - a) in Berlin gemeinsam vom Senat und Magistrat oder der von ihnen bestimmten Stelle,
 - b) in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen vom Minister des Innern der Deutschen Demokratischen Republik oder der von ihm bestimmten Stelle.
2. Deutsche im Sinne der §§ 12 und 15 des Bundeswahlgesetzes sind in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin (Ost) Personen, die nach der Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik Bürger der Deutschen Demokratischen Republik oder Bürger der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) sind.
3. § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 gilt für vergleichbare Dienst- und Arbeitsverhältnisse der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend. Für die Anwendung der Nummern 2 und 3 ist auch eine frühere Wohnung oder ein früherer Aufenthalt im Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen oder in Berlin (Ost) zu berücksichtigen.
4. In den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin (Ost) gilt anstelle von § 13 Nr. 2 und 3 folgendes:

„Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind Bürger, die wegen einer psychischen Erkrankung oder schwerer Fehlentwicklung der Persönlichkeit von Krankheitswert oder wegen intellektueller Schädigung unter vorläufiger Vormundschaft oder unter Gebrechlichkeitspflegschaft stehen. Entsprechendes gilt bei Bürgern, die aus den gleichen Gründen auf der Grundlage der geltenden Rechtsvorschriften unbefristet in eine Einrichtung für psychisch Kranke eingewiesen sind.“
5. Für die Feststellung der Parteieigenschaft durch den Bundeswahlausschuß nach § 18 ist auch für das Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie für Berlin (Ost) § 2 Abs. 1 des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 1989 (BGBl. I S. 327) maßgeblich.
6. Anstelle der Versicherung an Eides Statt (§ 21 Abs. 6, § 27 Abs. 5, § 36 Abs. 2) ist im Bereich der

Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik die Versicherung der Wahrheit im Sinne von § 231 des Strafgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik abzugeben.

7. § 27 Abs. 1 Satz 2 gilt in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen mit der Maßgabe, daß die Zahl der Wahlberechtigten bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 zugrunde zu legen ist.

In Berlin sind 2 000 Unterschriften beizubringen.

8. § 30 Abs. 3 Satz 1 gilt in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen mit der Maßgabe, daß sich die Reihenfolge der Landeslisten von Parteien, die in der Volkskammer vertreten sind, nach der Anzahl der Stimmen richtet, die sie bei der Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 erreicht haben.

In Berlin richtet sich die Reihenfolge der Landeslisten von Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in der Volkskammer vertreten sind, nach der Gesamtzahl der Zweitstimmen bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin und der Stimmen bei der Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990.

9. § 36 Abs. 4 gilt für die Deutsche Post entsprechend.
10. § 49a wird in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin (Ost) mit der Maßgabe angewendet, daß Ordnungsstrafen im Sinne des Gesetzes zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten vom 12. Januar 1968 (GBl. I S. 101), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juli 1990 (GBl. I S. 526) in Höhe bis zu 100 000 Deutsche Mark verhängt werden können.

Artikel 4

Neubekanntmachung des Bundeswahlgesetzes

Der Bundesminister des Innern kann den Wortlaut des Bundeswahlgesetzes in der vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes an für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Artikel 5

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 6

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der in Artikel 1 Satz 1 aufgeführten Anlage und des Anhangs nach Artikel 8 des Vertrages in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Ergänzung der Anlage zum Bundeswahlgesetz

| Nr. | Wahlkreis Name | Gebiet des Wahlkreises |
|-------------------------------|---|---|
| 257 | Berlin-Mitte-Prenzlauer Berg-Weißensee I | Stadtbezirk Mitte Stadtbezirk Prenzlauer Berg vom Stadtbezirk Weißensee die Wohnbezirke 3-36 |
| 258 | Berlin-Pankow-Hohenschönhausen-Weißensee II | Stadtbezirk Pankow Stadtbezirk Hohenschönhausen vom Stadtbezirk Weißensee die Ortsteile Blankenburg, Karow, Heinersdorf und die Wohnbezirke: 1, 2, 41-48, 73, 74, 80 |
| 259 | Berlin-Friedrichshain-Treptow-Lichtenberg I | Stadtbezirk Friedrichshain Stadtbezirk Treptow vom Stadtbezirk Lichtenberg die Wohnbezirke: 10, 13-19, 22, 23 |
| 260 | Berlin-Köpenick-Lichtenberg II | Stadtbezirk Köpenick vom Stadtbezirk Lichtenberg die Wohnbezirke: 1, 11, 12, 26-73, 202-210 |
| 261 | Berlin-Hellersdorf-Mahrsdorf | Stadtbezirk Hellersdorf Stadtbezirk Mahrsdorf |
| Mecklenburg-Vorpommern | | |
| 262 | Wismar-Gadebusch-Grevesmühlen-Doberan-Bützow | Stadtkreis Wismar Landkreis Wismar Landkreis Bad Doberan Landkreis Grevesmühlen Landkreis Bützow Landkreis Gadebusch |
| 263 | Schwerin-Hagenow | Stadtkreis Schwerin Landkreis Schwerin Landkreis Hagenow |
| 264 | Güstrow-Sternberg-Lübz-Parchim-Ludwigslust | Landkreis Güstrow Landkreis Ludwigslust Landkreis Parchim Landkreis Lübz Landkreis Sternberg |
| 265 | Rostock | Stadtkreis Rostock |
| 266 | Rostock, Land-Ribnitz-Damgarten-Teterow-Malchin | Landkreis Rostock Landkreis Malchin Landkreis Ribnitz-Damgarten Landkreis Teterow |
| 267 | Stralsund-Rügen-Grimmen | Stadtkreis Stralsund Landkreis Stralsund Landkreis Rügen Landkreis Grimmen |
| 268 | Greifswald-Wolgast-Demmin | Stadtkreis Greifswald Landkreis Greifswald Landkreis Wolgast Landkreis Demmin |
| 269 | Neubrandenburg-Altentreptow-Waren-Röbel | Stadtkreis Neubrandenburg Landkreis Neubrandenburg Landkreis Waren Landkreis Altentreptow Landkreis Röbel |

| Nr. | Wahlkreis Name | Gebiet des Wahlkreises |
|-----------------------|---|---|
| 270 | Neustrelitz-Strasburg-Pasewalk- Ueckermünde-Anklam | Landkreis Neustrelitz Landkreis Ueckermünde Landkreis Pasewalk Landkreis Anklam Landkreis Strasburg |
| Brandenburg | | |
| 271 | Neuruppin-Kyritz-Wittstock-Pritzwalk- Perleberg | Landkreis Neuruppin Landkreis Perleberg Landkreis Kyritz Landkreis Pritzwalk Landkreis Wittstock |
| 272 | Prenzlau-Angermünde-Schwedt-Templin- Gransee | Landkreis Prenzlau Landkreis Schwedt Landkreis Gransee Landkreis Templin Landkreis Angermünde |
| 273 | Oranienburg-Nauen | Landkreis Oranienburg Landkreis Nauen |
| 274 | Eberswalde-Bernau-Bad Freienwalde | Landkreis Eberswalde Landkreis Bernau Landkreis Bad Freienwalde |
| 275 | Brandenburg-Rathenow-Belzig | Stadtkreis Brandenburg Landkreis Brandenburg Landkreis Rathenow Landkreis Belzig |
| 276 | Potsdam | Stadtkreis Potsdam Landkreis Potsdam |
| 277 | Fürstenwalde-Strausberg-Seelow | Landkreis Fürstenwalde Landkreis Strausberg Landkreis Seelow |
| 278 | Luckenwalde-Zossen-Jüterbog-Königs Wusterhausen | Landkreis Luckenwalde Landkreis Zossen Landkreis Jüterbog Landkreis Königs Wusterhausen |
| 279 | Frankfurt/Oder-Eisenhüttenstadt-Beeskow | Stadtkreis Frankfurt/Oder Stadtkreis Eisenhüttenstadt Landkreis Eisenhüttenstadt Landkreis Beeskow |
| 280 | Cottbus-Guben-Forst | Stadtkreis Cottbus Landkreis Cottbus Landkreis Guben Landkreis Forst |
| 281 | Senftenberg-Calau-Spremberg | Landkreis Senftenberg Landkreis Calau Landkreis Spremberg |
| 282 | Bad Liebenwerda-Finsterwalde-Herzberg- Lübben-Luckau | Landkreis Bad Liebenwerda Landkreis Finsterwalde Landkreis Herzberg Landkreis Lübben Landkreis Luckau |
| Sachsen-Anhalt | | |
| 283 | Altmark | Landkreis Stendal Landkreis Salzwedel Landkreis Osterburg Landkreis Gardelegen Landkreis Klötze |

| Nr. | Wahlkreis Name | Gebiet des Wahlkreises |
|-----|---|--|
| 284 | Elbe-Havel-Gebiet und Haldensleben-Wolmirstedt | Landkreis Burg Landkreis Genthin Landkreis Havelberg Landkreis Haldensleben Landkreis Wolmirstedt |
| 285 | Harz und Vorharzgebiet | Landkreis Wernigerode Landkreis Halberstadt Landkreis Oschersleben |
| 286 | Magdeburg | vom Stadtkreis Magdeburg die Wohngebiete: Neustädter See, Kannstieg, Rothensee, Alte Neustadt, Neue Neustadt, Nordfront, Birkenweiler, Neustädter Feld, Nordwest, Neuolvenstedt, Altolvenstedt, Stadtfeld, Stadtzentrum, Cracau/Werder, Heumarkt, Prester, Ottersleben, Lemsdorf, Diesdorf, Kroatenweg, Lindenweiler |
| 287 | Magdeburg-Schönebeck-Wanzleben-Staßfurt | vom Stadtkreis Magdeburg die Wohngebiete: Buckau, Fermersleben, Salbke, Westerhüsen, Leipziger Straße, Hopfengarten, Reform Landkreis Schönebeck Landkreis Wanzleben Landkreis Staßfurt |
| 288 | Wittenberg-Gräfenhainichen-Jessen-Roßlau-Zerbst | Landkreis Wittenberg Landkreis Gräfenhainichen Landkreis Roßlau Landkreis Jessen Landkreis Zerbst |
| 289 | Dessau-Bitterfeld | Stadtkreis Dessau Landkreis Bitterfeld |
| 290 | Bernburg-Aschersleben-Quedlinburg | Landkreis Bernburg Landkreis Aschersleben Landkreis Quedlinburg |
| 291 | Halle-Altstadt | vom Stadtkreis Halle die Stadtgebiete: Ost, Süd, West |
| 292 | Halle-Neustadt-Saalkreis-Köthen | vom Stadtkreis Halle das Stadtgebiet Halle-Neustadt Landkreis Saalkreis Landkreis Köthen |
| 293 | Merseburg-Querfurt-Weißenfels | Landkreis Merseburg Landkreis Querfurt Landkreis Weißenfels |
| 294 | Zeitz-Höhenmölsen-Naumburg-Nebra | Landkreis Zeitz Landkreis Höhenmölsen Landkreis Naumburg Landkreis Nebra |

| Nr. | Wahlkreis Name | Gebiet des Wahlkreises |
|------------------|--|--|
| 295 | Eisleben-Sangerhausen-Hettstedt | Landkreis Eisleben Landkreis Hettstedt Landkreis Sangerhausen |
| Thüringen | | |
| 296 | Nordhausen-Worbis-Heiligenstadt | Landkreis Nordhausen Landkreis Worbis Landkreis Heiligenstadt |
| 297 | Eisenach-Mühlhausen | Landkreis Eisenach Landkreis Mühlhausen |
| 298 | Sömmerda-Artern-Sondershausen-Langensalza | Landkreis Sömmerda Landkreis Artern Landkreis Sondershausen Landkreis Langensalza |
| 299 | Gotha-Arnstadt | Landkreis Gotha Landkreis Arnstadt |
| 300 | Erfurt | Stadtkreis Erfurt |
| 301 | Weimar-Apolda-Erfurt, Land | Stadtkreis Weimar Landkreis Weimar Landkreis Apolda Landkreis Erfurt |
| 302 | Jena-Rudolstadt-Stadtroda | Stadtkreis Jena Landkreis Jena Landkreis Rudolstadt Landkreis Stadtroda |
| 303 | Gera, Stadt-Eisenberg-Gera, Land I | Stadtkreis Gera Landkreis Eisenberg vom Landkreis Gera die Gemeinden: Aga, Bocka, Burkersdorf b. Weida, Caaschwitz, Cretzschwitz, Crimla, Falke, Forstwolfersdorf, Frießnitz, Gleina, Groß Ebersdorf, Hain, Hartmannsdorf, Hohenölsen, Hundhaupten, Kauern, Köfeln, Bad Köstritz, Kraftsdorf, Lederhose, Lindenkreuz, Mosen, Münchenbernsdorf, Neundorf, Niederdorf, Niederpöllnitz, Reichardtsdorf, Roben, Röpsen, Rohna, Rüdersdorf, Saara, Schömberg, Schwarzbach, Steinsdorf, Teichwitz, Thränitz, Töppeln, Trebnitz, Weida, Weißig, Wolfsgefährt, Wünschendorf, Zedlitz |
| 304 | Altenburg-Schmölln-Greiz-Gera, Land II | Landkreis Altenburg Landkreis Greiz Landkreis Schmölln vom Landkreis Gera die Gemeinden: Bethenhausen, Brahmenau, Braunichswalde, Endschütz, Gauern, Großenstein, Hermsdorf, Hilbersdorf, Hirschfeld, Korbußen, Linda b. Weida, Pölzig, Reichstädt, Ronneburg, Rückersdorf, Schwaara, Seelingstädt, Söllnitz, Friedmannsdorf, Paitzdorf |
| 305 | Saalfeld-Pößneck-Schleiz-Lobenstein-Zeulenroda | Landkreis Saalfeld Landkreis Schleiz Landkreis Pößneck Landkreis Lobenstein Landkreis Zeulenroda |
| 306 | Meiningen-Bad Salzungen-Hildburghausen-Sonneberg | Landkreis Meiningen Landkreis Bad Salzungen Landkreis Hildburghausen Landkreis Sonneberg |

| Nr. | Wahlkreis Name | Gebiet des Wahlkreises |
|----------------|--|--|
| 307 | Suhl-Schmalkalden-Ilmenau-Neuhaus | Stadtkreis Suhl Landkreis Suhl Landkreis Schmalkalden Landkreis Ilmenau Landkreis Neuhaus |
| Sachsen | | |
| 308 | Delitzsch-Eilenburg-Torgau-Wurzen | Landkreis Delitzsch Landkreis Torgau Landkreis Eilenburg Landkreis Wurzen |
| 309 | Leipzig I | vom Stadtkreis Leipzig die Stadtbezirke: Mitte, Nord, Nord-Ost, West mit den Wohnbezirken: 702-729 |
| 310 | Leipzig II | vom Stadtkreis Leipzig die Stadtbezirke: Süd-Ost, Süd, Süd-West, West II mit den Wohnbezirken: 730-755 |
| 311 | Leipzig, Land-Borna-Geithain | Landkreis Leipzig Landkreis Borna Landkreis Geithain |
| 312 | Döbeln-Grimma-Oschatz | Landkreis Döbeln Landkreis Grimma Landkreis Oschatz |
| 313 | Meißen-Riesa-Großenhain | Landkreis Meißen Landkreis Riesa Landkreis Großenhain |
| 314 | Hoyerswerda-Kamenz-Weißwasser | Landkreis Hoyerswerda Landkreis Kamenz Landkreis Weißwasser |
| 315 | Görlitz-Zittau-Niesky | Stadtkreis Görlitz Landkreis Görlitz Landkreis Zittau Landkreis Niesky |
| 316 | Bautzen-Löbau | Landkreis Bautzen Landkreis Löbau |
| 317 | Pirna-Sebnitz-Bischofswerda | Landkreis Pirna Landkreis Bischofswerda Landkreis Sebnitz |
| 318 | Dresden I | vom Stadtkreis Dresden die Stadtbezirke Ost und Süd |
| 319 | Dresden II | vom Stadtkreis Dresden die Stadtbezirke Mitte, Nord und West |
| 320 | Dresden, Land-Freital-Dippoldiswalde | Landkreis Dresden Landkreis Freital Landkreis Dippoldiswalde |
| 321 | Freiberg-Brand-Erbisdorf-Flöha-Marienberg | Landkreis Freiberg Landkreis Marienberg Landkreis Flöha Landkreis Brand-Erbisdorf |
| 322 | Glauchau-Rochlitz-Hohenstein-Ernstthal-Hainichen | Landkreis Glauchau Landkreis Hainichen Landkreis Hohenstein-Ernstthal Landkreis Rochlitz |

| Nr. | Wahlkreis Name | Gebiet des Wahlkreises |
|-----|--|---|
| 323 | Chemnitz I | vom Stadtkreis Chemnitz die Stadtbezirke: Mitte-Nord, West, Süd I mit den Stimmbezirken: 270-285, 320-343 |
| 324 | Chemnitz II-Chemnitz, Land | vom Stadtkreis Chemnitz der Stadtbezirk Süd II mit den Stimmbezirken: 200-263, 290-314, 600-682 |
| 325 | Annaberg-Stollberg-Zschopau | Landkreis Chemnitz Landkreis Annaberg Landkreis Stollberg Landkreis Zschopau |
| 326 | Aue-Schwarzenberg-Klingenthal | Landkreis Aue Landkreis Schwarzenberg Landkreis Klingenthal |
| 327 | Zwickau-Werdau | Stadtkreis Zwickau Landkreis Zwickau Landkreis Werdau |
| 328 | Reichenbach-Plauen-Auerbach- Oelsnitz | Landkreis Reichenbach Stadtkreis Plauen Landkreis Plauen Landkreis Auerbach Landkreis Oelsnitz |

**Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl
des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen
Demokratischen Republik**

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik,

eingedenk des bei der Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum Ausdruck gebrachten Wunsches zur Herstellung der staatlichen Einheit nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland,

in dem Willen, als wichtigen Schritt zur Herstellung der deutschen Einheit die Wahl des Deutschen Bundestages durch das ganze deutsche Volk vorzubereiten,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Wahl des Deutschen Bundestages in dem nach Artikel 39 Abs. 1 Satz 3 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland festgelegten Zeitraum stattzufinden hat,

in dem Wunsch, daß die bevorstehende Wahl als gesamtdeutsche Wahl aufgrund eines einheitlichen Wahlrechts durchgeführt wird und deshalb der Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik erstreckt werden sollte,

in dem Bewußtsein, daß hierbei Änderungen und Anpassungen des Bundeswahlgesetzes erforderlich sind,

sind übereingekommen, einen Vertrag über die Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages mit den nachfolgenden Bestimmungen zu schließen:

Artikel 1

(1) Für die erste gesamtdeutsche Wahl wird der Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juni 1990 (BGBl. I S. 1015), und des Wahlprüfungsgesetzes vom 12. März 1951 (BGBl. I S. 166), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593), auf das Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie auf das Gebiet von Berlin (Ost) erstreckt. Das Bundeswahlgesetz gilt mit den in der Anlage bezeichneten Änderungen und Maßgaben.

(2) Im Hinblick auf die erste gesamtdeutsche Wahl werden in dem vorbezeichneten Gebiet ferner § 2 Abs. 1, § 5, §§ 18 bis 21 und § 39 Abs. 2 des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 1989 (BGBl. I

S. 327) angewendet. § 20 wird mit der Maßgabe angewendet, daß auch die Wahlergebnisse der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 zugrunde gelegt werden.

(3) Politische Vereinigungen im Sinne des Gesetzes über die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 18. März 1990 vom 20. Februar 1990 (GBl. I S. 60) werden den Parteien im Sinne des § 2 Abs. 1 des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland gleichgestellt.

Artikel 2

Die zur Durchführung des Bundeswahlgesetzes erlassene Bundeswahlordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Dezember 1989 (BGBl. 1990 I S. 1, 142), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. Juni 1990 (BGBl. I S. 1199), sowie die Bundeswahlgeräteverordnung vom 3. September 1975 (BGBl. I S. 2459), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 15. November 1989 (BGBl. I S. 1981), gelten auch für die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie für Berlin (Ost). Der Bundesminister des Innern nimmt die mit Rücksicht auf die in Artikel 1 getroffene Regelung notwendigen Änderungen vor und erläßt im Benehmen mit dem Minister des Innern der Deutschen Demokratischen Republik erforderlichenfalls Anpassungsvorschriften für die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie für Berlin (Ost).

Artikel 3

Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl wird Berlin als ein Land behandelt.

Artikel 4

Die Zuständigkeit des Bundeswahlleiters und des Bundeswahlausschusses nach den Vorschriften des Bundeswahlgesetzes und der Bundeswahlordnung erstreckt sich auch auf das Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie auf Berlin (Ost). Der Bundeswahlleiter beruft zwei zusätzliche Mitglieder mit Wohnsitz in der Deutschen Demokratischen Republik in den Bundeswahlausschuß.

Artikel 5

Die Parteien genießen bei der Wahlvorbereitung volle Betätigungsfreiheit im Rahmen der Gesetze, soweit sie nicht vom Bundesverfassungsgericht nach Artikel 21 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland für verfassungswidrig erklärt oder gemäß § 21 des Parteiengesetzes der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Februar 1990 (GBl. I S. 66), geändert durch Gesetz vom 31. Mai 1990 (GBl. I S. 275), vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages vom Großen Senat des Obersten Gerichts im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verboten worden sind.

Artikel 6

Die im bisherigen Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes bereits vorgenommenen Wahlvorbereitungshandlungen, insbesondere die Aufstellung der

Bewerber, bleiben unberührt, soweit nicht die Regelung des Artikels 3 eine Neuvornahme erfordert.

Artikel 7

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieser Vertrag in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 8

Dieser Vertrag einschließlich der Anlage tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die erforderlichen verfassungsrechtlichen und sonstigen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Geschehen in Berlin am 3. August 1990 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die
Bundesrepublik Deutschland

Schäuble

Für die
Deutsche Demokratische Republik

Krause

Anlage

I.

Das Bundeswahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juni 1990 (BGBl. I S. 1015), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 wird die Zahl „518“ durch die Zahl „656“ ersetzt; in § 1 Abs. 2 wird die Zahl „259“ durch die Zahl „328“ ersetzt.
2. § 53 wird wie folgt gefaßt:

§ 53

Übergangsregelungen für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag

(1) Der Bundeswahlausschuß besteht abweichend von § 9 Abs. 2 Satz 1 aus dem Bundeswahlleiter und acht von ihm berufenen Wahlberechtigten als Beisitzern.

(2) Landeslisten verschiedener Parteien, die in keinem Land — ausgenommen Berlin — nebeneinander Listenwahlvorschläge einreichen, können durch Erklärung gegenüber dem Bundeswahlleiter verbunden werden. Die Erklärung ist gemeinsam von den Vertrauenspersonen und den stellvertretenden Vertrauenspersonen aller beteiligten Landeslisten spätestens am zwanzigsten Tag vor der Wahl schriftlich bis 18 Uhr abzugeben. Für das weitere Verfahren gilt § 29 Abs. 2 und 3 entsprechend. § 6 Abs. 6 und § 7 Abs. 2 und 3 gelten für verbundene Landeslisten verschiedener Parteien entsprechend.

(3) Die in den nachstehend genannten Bestimmungen dieses Gesetzes festgelegten Fristen werden für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag wie folgt abgekürzt:

1. In § 18 tritt
 - a) in Absatz 2 Satz 1 an Stelle des neunzigsten Tages der siebenundvierzigste Tag,
 - b) in Absatz 4 an Stelle des zweiundsiebzigsten Tages der siebenunddreißigste Tag.
2. In § 19 tritt an Stelle des sechsundsechzigsten Tages der vierunddreißigste Tag.
3. In § 26 tritt
 - a) in Absatz 1 Satz 1 an Stelle des achtundfünfzigsten Tages der dreißigste Tag,
 - b) in Absatz 2 Satz 5 an Stelle des zweiundfünfzigsten Tages der vierundzwanzigste Tag,
 - c) in Absatz 3 an Stelle des achtundvierzigsten Tages der zwanzigste Tag.
4. In § 28 tritt
 - a) in Absatz 1 Satz 1 an Stelle des achtundfünfzigsten Tages der dreißigste Tag,
 - b) in Absatz 2 Satz 5 an Stelle des zweiundfünfzigsten Tages der vierundzwanzigste Tag,

c) in Absatz 3 an Stelle des achtundvierzigsten Tages der zwanzigste Tag.

5. In § 29 tritt

- a) in Absatz 1 an Stelle des vierunddreißigsten Tages der zwanzigste Tag,
- b) in Absatz 2 Satz 1 an Stelle des dreißigsten Tages der sechzehnte Tag,
- c) in Absatz 3 an Stelle des sechsundzwanzigsten Tages der fünfzehnte Tag.

(4) § 18 Abs. 2 Satz 1 gilt mit der Maßgabe, daß auch die Vertretung in der Volkskammer zu berücksichtigen ist und die Wörter „mit mindestens fünf Abgeordneten“ entfallen.

3. Die Anlage zu dem Gesetz wird durch die im Anhang genannten und beschriebenen Wahlkreise 257 bis 328 ergänzt.

II.

Für die Anwendung des Bundeswahlgesetzes auf die Vorbereitung und Durchführung der Wahl in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin gelten folgende Maßgaben:

1. Die Zuständigkeiten der Landesregierung nach § 8 Abs. 3 sowie § 9 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 zweiter Halbsatz werden wahrgenommen
 - a) in Berlin gemeinsam vom Senat und Magistrat oder der von ihnen bestimmten Stelle,
 - b) in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen vom Minister des Innern der Deutschen Demokratischen Republik oder der von ihm bestimmten Stelle.
2. Deutsche im Sinne der §§ 12 und 15 des Bundeswahlgesetzes sind in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin (Ost) Personen, die nach der Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik Bürger der Deutschen Demokratischen Republik oder Bürger der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) sind.
3. § 12 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 gilt für vergleichbare Dienst- und Arbeitsverhältnisse der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend. Für die Anwendung der Nummern 2 und 3 ist auch eine frühere Wohnung oder ein früherer Aufenthalt im Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen oder in Berlin (Ost) zu berücksichtigen.
4. In den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin (Ost) gilt anstelle von § 13 Nr. 2 und 3 folgendes:

„Vom Wahlrecht ausgeschlossen sind Bürger, die wegen einer psychischen Erkrankung oder schwerer Fehlentwicklung der Persönlichkeit von Krankheitswert oder wegen intellektueller Schädigung unter vorläufiger Vormundschaft oder unter Gebrechlichkeitspflegschaft stehen. Entsprechendes gilt bei Bürgern, die aus den gleichen Gründen auf der Grundlage der geltenden Rechtsvorschriften unbefristet in eine Einrichtung für psychisch Kranke eingewiesen sind.“

5. Für die Feststellung der Parteieigenschaft durch den Bundeswahlausschuß nach § 18 ist auch für das Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie für Berlin (Ost) § 2 Abs. 1 des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 1989 (BGBl. I S. 327) maßgeblich.
6. Anstelle der Versicherung an Eides Statt (§ 21 Abs. 6, § 27 Abs. 5, § 36 Abs. 2) ist im Bereich der Rechtsordnung der Deutschen Demokratischen Republik die Versicherung der Wahrheit im Sinne von § 231 des Strafgesetzbuches der Deutschen Demokratischen Republik abzugeben.
7. § 27 Abs. 1 Satz 2 gilt in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen mit der Maßgabe, daß die Zahl der Wahlberechtigten bei der Volkskammerwahl am 18. März 1990 zugrunde zu legen ist.

In Berlin sind 2 000 Unterschriften beizubringen.

8. § 30 Abs. 3 Satz 1 gilt in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen mit der Maßgabe, daß sich die Reihenfolge der Landeslisten von Parteien, die in der Volkskammer vertreten sind, nach der Anzahl der Stimmen richtet, die sie bei der Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990 erreicht haben.

In Berlin richtet sich die Reihenfolge der Landeslisten von Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in der Volkskammer vertreten sind, nach der Gesamtzahl der Zweitstimmen bei der letzten Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin und der Stimmen bei der Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990.

9. § 36 Abs. 4 gilt für die Deutsche Post entsprechend.
10. § 49a wird in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin (Ost) mit der Maßgabe angewendet, daß Ordnungsstrafen im Sinne des Gesetzes zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten vom 12. Januar 1968 (GBl. I S. 101), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. Juli 1990 (GBl. I S. 526), in Höhe bis zu 100 000 Deutsche Mark verhängt werden können.

Ergänzung der Anlage zum Bundeswahlgesetz

| Nr. | Wahlkreis Name | Gebiet des Wahlkreises |
|-------------------------------|---|---|
| 257 | Berlin-Mitte-Prenzlauer Berg-Weißensee I | Stadtbezirk Mitte Stadtbezirk Prenzlauer Berg vom Stadtbezirk Weißensee die Wohnbezirke 3-36 |
| 258 | Berlin-Pankow-Hohenschönhausen-Weißensee II | Stadtbezirk Pankow Stadtbezirk Hohenschönhausen vom Stadtbezirk Weißensee die Ortsteile Blankenburg, Karow, Heinersdorf und die Wohnbezirke: 1, 2, 41-48, 73, 74, 80 |
| 259 | Berlin-Friedrichshain-Treptow-Lichtenberg I | Stadtbezirk Friedrichshain Stadtbezirk Treptow vom Stadtbezirk Lichtenberg die Wohnbezirke: 10, 13-19, 22, 23 |
| 260 | Berlin-Köpenick-Lichtenberg II | Stadtbezirk Köpenick vom Stadtbezirk Lichtenberg die Wohnbezirke: 1, 11, 12, 26-73, 202-210 |
| 261 | Berlin-Hellersdorf-Mahrzahn | Stadtbezirk Hellersdorf Stadtbezirk Marzahn |
| Mecklenburg-Vorpommern | | |
| 262 | Wismar-Gadebusch-Grevesmühlen-Doberan-Bützow | Stadtkreis Wismar Landkreis Wismar Landkreis Bad Doberan Landkreis Grevesmühlen Landkreis Bützow Landkreis Gadebusch |
| 263 | Schwerin-Hagenow | Stadtkreis Schwerin Landkreis Schwerin Landkreis Hagenow |
| 264 | Güstrow-Sternberg-Lübz-Parchim-Ludwigslust | Landkreis Güstrow Landkreis Ludwigslust Landkreis Parchim Landkreis Lübz Landkreis Sternberg |
| 265 | Rostock | Stadtkreis Rostock |
| 266 | Rostock, Land-Ribnitz-Damgarten-Teterow-Malchin | Landkreis Rostock Landkreis Malchin Landkreis Ribnitz-Damgarten Landkreis Teterow |
| 267 | Stralsund-Rügen-Grimmen | Stadtkreis Stralsund Landkreis Stralsund Landkreis Rügen Landkreis Grimmen |
| 268 | Greifswald-Wolgast-Demmin | Stadtkreis Greifswald Landkreis Greifswald Landkreis Wolgast Landkreis Demmin |
| 269 | Neubrandenburg-Altentreptow-Waren-Röbel | Stadtkreis Neubrandenburg Landkreis Neubrandenburg Landkreis Waren Landkreis Altentreptow Landkreis Röbel |

| Nr. | Wahlkreis Name | Gebiet des Wahlkreises |
|-----------------------|---|---|
| 270 | Neustrelitz-Strasburg-Pasewalk- Ueckermünde-Anklam | Landkreis Neustrelitz Landkreis Ueckermünde Landkreis Pasewalk Landkreis Anklam Landkreis Strasburg |
| Brandenburg | | |
| 271 | Neuruppin-Kyritz-Wittstock-Pritzwalk- Perleberg | Landkreis Neuruppin Landkreis Perleberg Landkreis Kyritz Landkreis Pritzwalk Landkreis Wittstock |
| 272 | Prenzlau-Angermünde-Schwedt-Templin- Gransee | Landkreis Prenzlau Landkreis Schwedt Landkreis Gransee Landkreis Templin Landkreis Angermünde |
| 273 | Oranienburg-Nauen | Landkreis Oranienburg Landkreis Nauen |
| 274 | Eberswalde-Bernau-Bad Freienwalde | Landkreis Eberswalde Landkreis Bernau Landkreis Bad Freienwalde |
| 275 | Brandenburg-Rathenow-Belzig | Stadtkreis Brandenburg Landkreis Brandenburg Landkreis Rathenow Landkreis Belzig |
| 276 | Potsdam | Stadtkreis Potsdam Landkreis Potsdam |
| 277 | Fürstenwalde-Strausberg-Seelow | Landkreis Fürstenwalde Landkreis Strausberg Landkreis Seelow |
| 278 | Luckenwalde-Zossen-Jüterbog-Königs Wusterhausen | Landkreis Luckenwalde Landkreis Zossen Landkreis Jüterbog Landkreis Königs Wusterhausen |
| 279 | Frankfurt/Oder-Eisenhüttenstadt-Beeskow | Stadtkreis Frankfurt/Oder Stadtkreis Eisenhüttenstadt Landkreis Eisenhüttenstadt Landkreis Beeskow |
| 280 | Cottbus-Guben-Forst | Stadtkreis Cottbus Landkreis Cottbus Landkreis Guben Landkreis Forst |
| 281 | Senftenberg-Calau-Spremberg | Landkreis Senftenberg Landkreis Calau Landkreis Spremberg |
| 282 | Bad Liebenwerda-Finsterwalde-Herzberg- Lübben-Luckau | Landkreis Bad Liebenwerda Landkreis Finsterwalde Landkreis Herzberg Landkreis Lübben Landkreis Luckau |
| Sachsen-Anhalt | | |
| 283 | Altmark | Landkreis Stendal Landkreis Salzwedel Landkreis Osterburg Landkreis Gardelegen Landkreis Klötze |

| Nr. | Wahlkreis Name | Gebiet des Wahlkreises |
|-----|---|--|
| 284 | Elbe-Havel-Gebiet und Haldensleben-Wolmirstedt | Landkreis Burg Landkreis Genthin Landkreis Havelberg Landkreis Haldensleben Landkreis Wolmirstedt |
| 285 | Harz und Vorharzgebiet | Landkreis Wernigerode Landkreis Halberstadt Landkreis Oschersleben |
| 286 | Magdeburg | vom Stadtkreis Magdeburg die Wohngebiete: Neustädter See, Kannstieg, Rothensee, Alte Neu- stadt, Neue Neustadt, Nordfront, Birkenweiler, Neu- städter Feld, Nordwest, Neuolvenstedt, Altolven- stedt, Stadtfeld, Stadtzentrum, Cracau/Werder, Heu- markt, Prester, Ottersleben, Lemsdorf, Diesdorf, Kroatenweg, Lindenweiler |
| 287 | Magdeburg-Schönebeck-Wanzleben- Staßfurt | vom Stadtkreis Magdeburg die Wohngebiete: Buckau, Fermersleben, Salbke, Westerhüsen, Leipzi- ger Straße, Hopfengarten, Reform Landkreis Schönebeck Landkreis Wanzleben Landkreis Staßfurt |
| 288 | Wittenberg-Gräfenhainichen-Jessen- Roßlau | Landkreis Wittenberg Landkreis Gräfenhainichen Landkreis Roßlau Landkreis Jessen |
| 289 | Dessau-Bitterfeld | Stadtkreis Dessau Landkreis Bitterfeld |
| 290 | Bernburg-Aschersleben-Köthen-Zerbst | Landkreis Bernburg Landkreis Aschersleben Landkreis Köthen Landkreis Zerbst |
| 291 | Halle-Altstadt | vom Stadtkreis Halle die Stadtgebiete: Ost, Süd, West |
| 292 | Halle-Neustadt-Saalkreis-Eisleben | vom Stadtkreis Halle das Stadtgebiet Halle-Neustadt Landkreis Saalkreis Landkreis Eisleben |
| 293 | Merseburg-Querfurt-Nebra-Naumburg I | Landkreis Merseburg Landkreis Querfurt Landkreis Nebra vom Landkreis Naumburg die Gemeinden: Naumburg, Burgholzhausen, Burkersroda, Eckarts- berga, Größnitz, Hassenhausen, Herrngosserstedt, Kleinheringen, Kleinjena, Klosterhäßeler, Lißdorf, Möllern, Spielberg, Taugwitz, Tromsdorf, Wischroda |
| 294 | Zeit- Naumburg II-Weißenfels- Hohemölsen | Landkreis Zeit Landkreis Weißenfels vom Landkreis Naumburg die Gemeinden: Abtlöbnitz, Casekirchen, Crölpa-Löbschütz, Eulau, Flemmingen, Gieckau, Görschen, Janisroda, Bad Kö- sen, Leislau, Löbitz, Mertendorf, Molau, Neidschütz, Pödelist, Prießnitz, Schieben, Schönburg, Utenbach, Wethau, Wettaburg Landkreis Hohemölsen |

| Nr. | Wahlkreis Name | Gebiet des Wahlkreises |
|------------------|--|--|
| 295 | Sangerhausen-Hettstedt-Quedlinburg | Landkreis Sangerhausen Landkreis Quedlinburg Landkreis Hettstedt |
| Thüringen | | |
| 296 | Nordhausen-Worbis-Heiligenstadt | Landkreis Nordhausen Landkreis Worbis Landkreis Heiligenstadt |
| 297 | Eisenach-Mühlhausen | Landkreis Eisenach Landkreis Mühlhausen |
| 298 | Sömmerda-Artern-Sondershausen-Langensalza | Landkreis Sömmerda Landkreis Artern Landkreis Sondershausen Landkreis Langensalza |
| 299 | Gotha-Arnstadt | Landkreis Gotha Landkreis Arnstadt |
| 300 | Erfurt | Stadtkreis Erfurt |
| 301 | Weimar-Apolda-Erfurt. Land | Stadtkreis Weimar Landkreis Weimar Landkreis Apolda Landkreis Erfurt |
| 302 | Jena-Rudolstadt-Stadtroda | Stadtkreis Jena Landkreis Jena Landkreis Rudolstadt Landkreis Stadtroda |
| 303 | Gera. Stadt-Eisenberg-Gera, Land I | Stadtkreis Gera Landkreis Eisenberg vom Landkreis Gera die Gemeinden: Aga, Bocka, Burkersdorf b. Weida, Caaschwitz, Cretzschwitz, Crimla, Falke, Forstwolfersdorf, Friebnitz, Gleina, Groß Ebersdorf, Hain, Hartmannsdorf, Hohenölsen, Hundhaupten, Kauern, Köfeln, Bad Köstritz, Kraftsdorf, Lederhose, Lindenkreuz, Mosen, Münchenbernsdorf, Neundorf, Niederndorf, Niederpöllnitz, Reichardtsdorf, Roben, Röpsen, Rohna, Rüdgersdorf, Saara, Schömberg, Schwarzbach, Steinsdorf, Teichwitz, Thränitz, Töppeln, Trebnitz, Weida, Weißig, Wolfsgefährt, Wünschendorf, Zedlitz |
| 304 | Altenburg-Schmölln-Greiz-Gera, Land II | Landkreis Altenburg Landkreis Greiz Landkreis Schmölln vom Landkreis Gera die Gemeinden: Bethenhausen, Brahmenau, Braunichswalde, Endschütz, Gauern, Großenstein, Hermsdorf, Hilbersdorf, Hirschfeld, Korbußen, Linda b. Weida, Pölzig, Reichstädt, Ronneburg, Rückersdorf, Schwaara, Seelingstädt, Söllnitz, Friedmannsdorf, Paitzdorf |
| 305 | Saalfeld-Pößneck-Schleiz-Lobenstein-Zeulenroda | Landkreis Saalfeld Landkreis Schleiz Landkreis Pößneck Landkreis Lobenstein Landkreis Zeulenroda |
| 306 | Meiningen-Bad Salzungen-Hildburghausen-Sonneberg | Landkreis Meiningen Landkreis Bad Salzungen Landkreis Hildburghausen Landkreis Sonneberg |

| Nr. | Wahlkreis Name | Gebiet des Wahlkreises |
|----------------|--|--|
| 307 | Suhl-Schmalkalden-Ilmenau-Neuhaus | Stadtkreis Suhl Landkreis Suhl Landkreis Schmalkalden Landkreis Ilmenau Landkreis Neuhaus |
| Sachsen | | |
| 308 | Delitzsch-Eilenburg-Torgau-Wurzen | Landkreis Delitzsch Landkreis Torgau Landkreis Eilenburg Landkreis Wurzen |
| 309 | Leipzig I | vom Stadtkreis Leipzig die Stadtbezirke: Mitte, Nord, Nord-Ost, West mit den Wohnbezirken: 702-729 |
| 310 | Leipzig II | vom Stadtkreis Leipzig die Stadtbezirke: Süd-Ost, Süd, Süd-West, West II mit den Wohnbezirken: 730-755 |
| 311 | Leipzig, Land-Borna-Geithain | Landkreis Leipzig Landkreis Borna Landkreis Geithain |
| 312 | Döbeln-Grimma-Oschatz | Landkreis Döbeln Landkreis Grimma Landkreis Oschatz |
| 313 | Meißen-Riesa-Großenhain | Landkreis Meißen Landkreis Riesa Landkreis Großenhain |
| 314 | Hoyerswerda-Kamenz-Weißwasser | Landkreis Hoyerswerda Landkreis Kamenz Landkreis Weißwasser |
| 315 | Görlitz-Zittau-Niesky | Stadtkreis Görlitz Landkreis Görlitz Landkreis Zittau Landkreis Niesky |
| 316 | Bautzen-Löbau | Landkreis Bautzen Landkreis Löbau |
| 317 | Pirna-Sebnitz-Bischofswerda | Landkreis Pirna Landkreis Bischofswerda Landkreis Sebnitz |
| 318 | Dresden I | vom Stadtkreis Dresden die Stadtbezirke: Ost I, Ost II, Süd I, West II, Süd II |
| 319 | Dresden II | vom Stadtkreis Dresden die Stadtbezirke: Mitte I, Mitte II, Nord I, Nord II, West I |
| 320 | Dresden, Land-Freital-Dippoldiswalde | Landkreis Dresden Landkreis Freital Landkreis Dippoldiswalde |
| 321 | Freiberg-Brand-Erbisdorf-Flöha-Marienberg | Landkreis Freiberg Landkreis Marienberg Landkreis Flöha Landkreis Brand-Erbisdorf |
| 322 | Glauchau-Rochlitz-Hohenstein-Ernstthal-Hainichen | Landkreis Glauchau Landkreis Hainichen Landkreis Hohenstein-Ernstthal Landkreis Rochlitz |

| Nr. | Wahlkreis Name | Gebiet des Wahlkreises |
|-----|--------------------------------------|---|
| 323 | Chemnitz I | vom Stadtkreis Chemnitz die Stadtbezirke: Mitte-Nord, West, Süd I mit den Stimmbezirken: 270-285, 320-343 |
| 324 | Chemnitz II-Chemnitz, Land | vom Stadtkreis Chemnitz der Stadtbezirk Süd II mit den Stimmbezirken: 200-263, 290-314, 600-682 |
| 325 | Annaberg-Stollberg-Zschopau | Landkreis Chemnitz Landkreis Annaberg Landkreis Stollberg Landkreis Zschopau |
| 326 | Aue-Schwarzenberg-Zwickau, Land | Landkreis Aue Landkreis Zwickau Landkreis Schwarzenberg |
| 327 | Zwickau-Werdau-Reichenbach | Stadtkreis Zwickau Landkreis Werdau Landkreis Reichenbach |
| 328 | Plauen-Oelsnitz-Auerbach-Klingenthal | Stadtkreis Plauen Landkreis Plauen Landkreis Auerbach Landkreis Oelsnitz Landkreis Klingenthal |

Denkschrift zum Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

I. Allgemeines

Durch den am 3. August 1990 unterzeichneten Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag als erste gesamtdeutsche Wahl auf einer einheitlichen Rechtsgrundlage durchgeführt werden kann. Der Vertrag stellt damit einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Herstellung der deutschen Einheit dar. Dem Souverän soll bereits in einem frühen Zeitpunkt die Möglichkeit gegeben werden, in einem einheitlichen Wahlakt seinen Willen zu äußern. Als bald nach dem Inkrafttreten des Vertrages können die Vorbereitungen für die erste gesamtdeutsche Wahl begonnen werden.

Der Vertrag geht von dem Grundsatz aus, daß das Bundeswahlrecht und einige damit zusammenhängende Vorschriften auf das Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie auf Berlin (Ost) erstreckt werden. Dabei sollen nur die notwendigen Änderungen und Anpassungsregelungen vorgenommen werden. Die Erstreckung des Geltungsbereichs des Wahlrechts führt dazu, daß die Wahl in einem einheitlichen Wahlgebiet nach den gleichen Grundsätzen vorbereitet und durchgeführt werden kann.

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 1

In Absatz 1 wird der Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes für die erste gesamtdeutsche Wahl auf das Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie auf Berlin (Ost) erstreckt. Die in diesem Zusammenhang erforderlichen Änderungen des Bundeswahlgesetzes sowie die Anpassungsregelungen für das vorbezeichnete Gebiet werden in einer Anlage festgelegt. Auf die Begründung zum Vertragsgesetz wird insoweit verwiesen. Ferner wird der Geltungsbereich des Wahlprüfungsgesetzes auf das genannte Gebiet erstreckt.

In Absatz 2 werden mit Rücksicht auf den engen Zusammenhang mit der Wahl auch einige Vorschriften des Parteiengesetzes für anwendbar erklärt.

Nach Absatz 3 sind die politischen Vereinigungen im Sinne des Gesetzes über die Wahlen zur Volkskammer vom 20. Februar 1990 (GBl. I S. 60) den Parteien im Sinne von § 2 Abs. 1 des Parteiengesetzes der Bun-

desrepublik Deutschland gleichgestellt. Die Vorschrift trägt der Tatsache Rechnung, daß die politischen Vereinigungen bei der Umgestaltung in der DDR eine besondere Rolle gespielt haben und auch bei den bisher in der DDR durchgeführten Wahlen als solche aufgetreten sind. Die nach der Definition des Volkstammengesetzes und des Parteiengesetzes der DDR bei politischen Vereinigungen vorausgesetzte Zielsetzung, nämlich Einflußnahme auf die politische Willensbildung und Aufstellung von Kandidaten für die Wahl des Parlaments, macht deutlich, daß diese Organisationen die gleichen Ziele verfolgen wie die Parteien im Sinne des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Zu Artikel 2

Nach dieser Vorschrift werden auch die Bundeswahlordnung und die Bundeswahlgeräteverordnung auf die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie auf Berlin (Ost) erstreckt. Der Bundesminister des Innern wird die infolge dieser Erstreckung erforderlichen Änderungen vornehmen und im Benehmen mit dem Minister des Innern der DDR Anpassungsregelungen für das vorbezeichnete Gebiet treffen.

Zu Artikel 3

Nach dieser Vorschrift wird Berlin für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl als ein Land behandelt. Im Hinblick darauf, daß die rechtlichen Voraussetzungen für die Vereinigung der beiden Teile Berlins erst mit dem Wirksamwerden des Beitritts geschaffen werden, ist diese Regelung notwendig, um die einheitliche Wahlvorbereitung in Berlin zu ermöglichen.

Zu Artikel 4

Nach Artikel 4 sind der Bundeswahlleiter und der Bundeswahlausschuß auch für das Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen und für Berlin (Ost) zuständig. Das einheitliche Wahlgebiet erhält damit auch die einheitliche Wahlorganisation. In den Bundeswahlausschuß sollen zusätzlich zwei Mitglieder mit Wohnsitz in der DDR berufen werden, damit auch die in der DDR vertretenen Parteien ausreichend berücksichtigt werden können.

Zu Artikel 5

Mit dem Gebot der Betätigungsfreiheit für die Parteien soll sichergestellt werden, daß bei der Wahlvorbereitung der Grundsatz der Chancengleichheit gewahrt wird. Der Beschluß der Volkskammer vom 5. Februar 1990 (GBl. I S. 40) über das Betätigungsverbot für die Partei „Die Republikaner“ ist mit diesem Artikel nicht vereinbar.

Zu Artikel 6

Mit dieser Vorschrift wird klargestellt, daß eine neue Kandidatenaufstellung im bisherigen Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes nicht erforderlich ist.

Dies gilt allerdings nicht für die Aufstellung der Landeslisten in Berlin, bei der bisher davon ausgegangen worden ist, daß nur im westlichen Teil der Stadt gewählt werde.

Zu Artikel 7

Übliche Berlin-Klausel

Zu Artikel 8

Diese Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Vertrages.

Vertrag

**zur Änderung des Vertrages
zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamt-
deutschen Wahl des Deutschen Bundestages
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und
der Deutschen Demokratischen Republik**

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik,

unter Berücksichtigung der Änderungsvorschläge der in der Volkskammer vertretenen Parteien zur Wahlkreiseinteilung,

nach Kenntnisnahme von den Ergebnissen der Prüfung durch die Regierungsbevollmächtigten in den betroffenen Bezirken,

sind übereingekommen, folgenden Änderungsvertrag zu schließen:

Artikel 1

Der am 3. August 1990 unterzeichnete Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wird wie folgt geändert:

Im Anhang zur Anlage zu Artikel 1 Abs. 1 des Vertrages werden die Wahlkreise 288, 290, 292, 293, 294, 295, 318, 319, 326, 327 und 328 wie folgt neu beschrieben:

| <u>Nr.</u> | <u>Wahlkreis Name</u> | <u>Gebiet des Wahlkreises</u> |
|------------|--|---|
| 288 | Wittenberg-Gräfen- hainichen-Jessen- Roßlau-Zerbst | Landkreis Wittenberg Landkreis Gräfenhainichen Landkreis Roßlau Landkreis Jessen Landkreis Zerbst |
| 290 | Bernburg-Aschers- leben-Quedlinburg | Landkreis Bernburg Landkreis Aschersleben Landkreis Quedlinburg |
| 292 | Halle-Neustadt- Saalkreis-Köthen | vom Stadtkreis Halle das Stadtgebiet Halle- Neustadt Landkreis Saalkreis Landkreis Köthen |
| 293 | Merseburg-Querfurt- Weißenfels | Landkreis Merseburg Landkreis Querfurt Landkreis Weißenfels |
| 294 | Zeitz-Hohenmölsen- Naumburg-Nebra | Landkreis Zeitz Landkreis Hohenmölsen Landkreis Naumburg Landkreis Nebra |
| 295 | Eisleben-Sanger- hausen-Hettstedt | Landkreis Eisleben Landkreis Hettstedt Landkreis Sangerhausen |
| 318 | Dresden I | vom Stadtkreis Dresden die Stadtbezirke Ost und Süd |
| 319 | Dresden II | vom Stadtkreis Dresden die Stadtbezirke Mitte, Nord und West |
| 326 | Aue-Schwarzenberg- Klingenthal | Landkreis Aue Landkreis Schwarzenberg Landkreis Klingenthal |
| 327 | Zwickau-Werdau | Stadtkreis Zwickau Landkreis Zwickau Landkreis Werdau |
| 328 | Reichenbach-Plauen- Auerbach-Oelsnitz | Landkreis Reichenbach Stadtkreis Plauen Landkreis Plauen Landkreis Auerbach Landkreis Oelsnitz |

Artikel 2

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieser Vertrag in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 3

Dieser Vertrag tritt gleichzeitig mit dem am 3. August 1990 unterzeichneten Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft.

Geschehen in Bonn am 20. August 1990 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die
Bundesrepublik Deutschland

Schäuble

Für die
Deutsche Demokratische Republik

Günther Krause

24.08.90

Beschluß

des Bundesrates

zum

Gesetz zu dem Vertrag vom 3. August 1990 zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie zu dem Änderungsvertrag vom 20. August 1990

Der Bundesrat ist der Ansicht, daß das Gesetz gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes seiner Zustimmung bedarf.

Der Bundesrat hat in seiner 617. Sitzung am 24. August 1990 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 23. August 1990 verabschiedeten Gesetz zuzustimmen.